

Thurgauer Zeitung

www.thurgauerzeitung.ch



Marroni neu interpretiert

Die einen lieben sie, die anderen gehen ihnen lieber aus dem Weg: Vermicelles. Eine Konditorin und ein Koch zeigen, wie sie die Spezialität zubereiten ▶ **THURGAU LOKAL 41**

Schub für Pakete

Der Onlinehandel boomt, die Päckflut steigt. Nun wächst auch die Infrastruktur. ▶ **WIRTSCHAFT 13**

«Es war einmal ...»

Eine einmalige Geschichte.

www.einmalig-lesen.ch

THURGAU

SULGEN

Beim Bahnhof liegt viel Abfall herum ▶ **45**

MÄRSTETTEN

Zweiter Kandidat als Gemeindeammann ▶ **47**

REGIONALSPORT

Fussballerin des Jahres ist aus Dussnang ▶ **48**

FRAUENFELD

Pro Velo übt happige Kritik an Velostation ▶ **53**

OSTSCHWEIZER KULTUR



Im Theater Biltz befasst sich ein neues Stück mit Gefahren im Internet ▶ **35**

Salzkorn

Ein Travestiekünstler statt eines Jodelchors beim Nachmittags-höck. Keine Loblieder auf gefreute Enkelkinder. Und nie die Frage, wie lange die geliebte Frau schon tot sei. So stellen sich die Initianten einer neuen Form von Altersheim den idealen Heimalltag vor. Ihre Vision: ein Altersheim für Homosexuelle. In Zürich soll sie Realität werden.

Man ist versucht, das quere Anliegen ad absurdum zu führen. Dem Beispiel folgend werden bald pensionierte Bankdirektoren ihr eigenes Heim fordern, weil sie es unzumutbar finden, täglich Geschichten aus dem Leben von ehemaligen Migros-Kassiererinnen anhören zu müssen. Ein Käser-Altersheim wird ebenso spruchreif wie eines für Lottomillionäre oder im Sternzeichen des Löwen Geborene.

Ist die Ghettoisierung bis ins hohe Alter das Lebensmodell der Zukunft? Sollte der Mensch nicht wenigstens als Achtzigjähriger gelernt haben, in einer Gesellschaft der sozialen Vielfalt zurechtzukommen? Die ernüchternde Antwort heisst wohl: Offenheit ist keine Frage des Alters. **B.H.**

Fremdsprachen: Stefan Kölliker ruft zur Einheit auf

DENISE LACHAT

BASEL. An Schweizer Primarschulen sollen weiterhin eine zweite Landessprache und Englisch unterrichtet werden: Die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) hat an ihrer Jahresversammlung in Basel die Sprachstrategie von 2004 bestätigt.

Thurgauer Ja

Allerdings fiel der Entscheid nicht einstimmig. 22 Bildungsdirektoren stimmten dafür, zwei

dagegen. Zudem gab es eine Enthaltung und eine Abwesenheit. Die Thurgauer Bildungsdirektorin Monika Knill stimmte trotz Parlamentsauftrag zur Abschaffung von Frühfranzösisch solidarisch mit der Mehrheit. In der Bildungskommission des Nationalrats wird das Votum offiziell noch nicht kommentiert. Ob nun eine Kommissionsinitiative zu Gunsten der Landessprachen lanciert wird, soll am 1. Dezember entschieden werden. Stefan Kölliker hofft, dass es nicht zum

Eingreifen der nationalen Politik kommt, wie er im Interview sagt. Der Präsident der EDK Ostschweiz will sich darum vermehrt um ein einheitliches Modell in der Region bemühen.

«Wichtiges Zeichen» für Lehrer

Erfreut reagierten die Lehrer. Ihre Dachverbände sprechen sich ebenfalls für den Vorrang einer Landessprache aus, kritisieren aber, dass die Bedingungen für einen gelungenen Unterricht von zwei Fremdsprachen in

der Primarschule heute nicht erfüllt seien. Sie fordern drei statt zwei Wochenlektionen in kleineren Gruppen, zudem spielerisches Lernen ohne Promotionsdruck. Dass sich die EDK in ihrer Stellungnahme explizit für gute Gelingensbedingungen engagiere, sei ein wichtiges Zeichen, sagt Franziska Peterhans, Zentralsekretärin des Dachverbandes Lehrerinnen und Lehrer Schweiz LCH. Die Nagelprobe stehe aber noch bevor. Viele Kantone seien am Sparen. ▶ **THEMA 3**

Thurkorrektur: Abstimmung verlangt

FRAUENFELD. Für 28 Millionen Franken will der Kanton den Abschnitt der Thur zwischen Bürglen und Weinfelden korrigieren. Die Hälfte müsste der Kanton zahlen, den Rest Bund und betroffene Gemeinden. Geht es nach dem Willen der Regierung, gibt es darüber aber keine Volksabstimmung. Sie will den Kredit als gebundene Ausgabe definieren. Dagegen läuft der Bund der Steuerzahler Thurgau Sturm. Er glaubt nicht, dass es sich bei der Thurkorrektur um eine gebundene Ausgabe handelt. Finanzdirektor Jakob Stark beharrt darauf. (wid) ▶ **THURGAU 21**

Allerheiligen Vom Tod fürs Leben lernen



Bild: David Suter

Für den Psychotherapeuten Irvin D. Yalom ist die Vergänglichkeit des Menschen «wie eine Hintergrundmusik: Immer gespielt, selten wahrgenommen, bis irgendein bemerkenswertes Ereignis sie voll ins Bewusstsein

bringt». In Appenzell Inner- und Ausserrhoden haben sich mit der Trennung im Jahr 1597 ganz unterschiedliche Kulturen entwickelt, auch im Umgang mit Todesfällen und Toten. ▶ **FOCUS 33/NACHBARSCHAFT 52**

SO SCHNAPPTEN DIE THURGAUER DIE AUTOSCHIEBER

Wie ein Puzzle

Anfang August stahlen sie zehn Luxusautos aus einer Mercedes-Garage in Kreuzlingen. Keine drei Monate später sitzen die drei führenden Köpfe einer polnischen Autoschieberbande in Deutschland in Auslieferungshaft. Die Fäden bei dieser



Fahndung liefen im Thurgau zusammen. Der Kreuzlinger Staatsanwalt Patrick Müller startete zusammen mit der

Kantonspolizei Thurgau einen Wettlauf gegen die Zeit. Die Ermittler waren den Straftätern längere Zeit vor der Verhaftung auf den Fersen. Dieser Erfolg in kurzer Zeit war nur möglich, da die deutsche und die polnische Staatsanwaltschaft unkompliziert und sehr schnell mit den Thurgauern zusammen gearbeitet haben. (red.) ▶ **SCHAUPLATZ OSTSCHWEIZ 64**

Kanton droht Bund mit Rekurs

DUSSNANG. Erstmals nimmt der Kanton Thurgau Stellung zum geplanten neuen Betriebskonzept des Flughafens Zürich. Der kantonale Fluglärmbeauftragte Marco Sacchetti erklärte bei einem Auftritt vor den Hinterthurgauer Fluglärmgegnern, dass der Kanton sich gegen das vorliegende Papier wehrt. Bleibe es dabei, sei ein Rekurs des Thurgaus vor Bundesverwaltungsgericht nicht ausgeschlossen. Zwar entlastet das Konzept den Hinterthurgau von Abflügen, gleichzeitig sieht es mehr Anflüge über den Osten auf den Flughafen Zürich vor. (wid) ▶ **THURGAU 23**

REPORTAGE

Spuhler in Aserbaidshen

Die Geschäfte mit autoritären Regimes wie Aserbaidshen oder Weissrussland tragen Stadler-Rail-Chef Peter Spuhler immer wieder Kritik ein. Nun baut der Thurgauer Schienenfahrzeughersteller in Ganja, der zweitgrössten Stadt Aserbaidshens, zusammen mit einem lokalen Partner ein neues Werk. Die Grundsteinlegung im Beisein des Präsi-



denten Ilham Aliyev gestaltete sich als nervenaufreibende Zitterpartie. Denn dieser ist es sich gewohnt, dass alles nach seiner Pfeife tanzt, und sein Okay ist in Aserbaidshen so bedeutend wie der Segen des Papstes für die Katholiken. Dennoch scheute sich Peter Spuhler nicht, die Menschenrechte zur Sprache zu bringen. (win) ▶ **REPORTAGE 10+11**

SCHREINEREI
FEHLMANN
MÜLLHEIM
Ausstellung
Tag & Nacht
FR 21. Nov. 16 - 22 Uhr
SA 22. Nov. 14 - 22 Uhr
schreinerei-fehlmann.ch
FEHLMANN

ZUR SACHE

Ein Hüst und Hott käme teuer zu stehen



Englisch und eine zweite Landessprache bereits auf Primarstufe: Die Erziehungsdirektoren halten an ihrer Sprachenstrategie fest.

Die Sprachenstrategie der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz ist gerade einmal zehn Jahre alt. Es handelt sich um einen Kompromiss, der 2004 nach ausgiebigem Gezänk über die Bedeutung der Landessprachen und des Englischen eingegangen wurde.

Das Konzept sieht folgendes Vorgehen vor: Die Schüler lernen in der Primarschule Englisch und eine zweite Landessprache. Über die Reihenfolge und den Zeitpunkt der Einführung entscheiden die Kantone. Festgeschrieben ist einzig, dass die erste Fremdsprache spätestens ab der 3. und die zweite spätestens ab der 5. Klasse eingeführt werden muss.

Nun hat die Erziehungsdirektorenkonferenz entschieden, an ihrer Strategie festzuhalten. Der Entscheid der Bildungsdirektoren ist aus zwei wesentlichen Gründen richtig. Zum einen ist es schlicht zu früh, um von einer Strategie schon wieder abzurücken, die in einigen Kantonen eben erst umgesetzt wurde. Der Sprachenunterricht ist für die Schulen mit viel Aufwand und Investitionen verbunden. Ein Hüst und Hott käme teuer zu stehen.

Zum anderen ist der Schweizer Föderalismus gut und recht, im Bildungsbereich aber weitgehend fehl am Platz und auf ein Minimum zu senken. Kinder sollen schulisch nicht benachteiligt sein, wenn sie umziehen und die Schule wechseln müssen. Auch sollen sie schweizweit mit ähnlichen Voraussetzungen eine Lehre oder ein Studium beginnen. Das Stimmvolk hat sich 2006 klar dafür ausgesprochen, dass wichtige Eckwerte im Bildungsbereich national einheitlich geregelt werden. Da gehört die Sprachenstrategie zweifellos dazu.

Marina Winder
marina.winder@tagblatt.ch

PRESSESCHAU

In Tunesien haben die Säkularen die Parlamentswahlen gewonnen. Die Presse applaudiert.

DIE WELT Der kleine Maghrebstaat gibt den säkularen Kräften den Vorzug und hält an seinem Demokratisierungskurs fest. Das sollte alle Beobachter optimistisch stimmen, geben doch die Entwicklungen in der Region wenig Anlass zur Hoffnung. (...) Der syrische Bürgerkrieg hat ein Vakuum geschaffen für die Menschenfeinde des Islamischen Staates, der sich auch im Irak festsetzt. Kurzum, die Region versinkt in der Dunkelheit, und allein das kleine Tunesien bietet einen Lichtblick.

Neue Zürcher Zeitung Ein Stossseufzer der Erleichterung geht durch Tunesien. Seit der «arabische Frühling» im Dezember 2010 mit der «Jasminrevolution» in Tunesien begonnen hatte, erlebte das Land eine dramatische Berg-und-Tal-Fahrt. Es war alles andere als ausgemacht, dass der Maghrebstaat fast vier Jahre später so stabil und demokratisch dastehen würde. Der säkulare Nida Tounes hat die Parlamentswahlen gewonnen vor den gemässigten Islamisten der Nahda-Partei. Es hätte auch schiefgehen können.

TAGBLATT

Leitung Regionalmedien: Jürg Weber

Chefredaktion: Philipp Landmark (Chefredaktor); Silvan Lühinger (stv. Chefredaktor; Leitung Ostschweiz am Sonntag); Bruno Scheible (stv. Chefredaktor; Regionalleiter); Jürg Ackermann (Blattmacher); Sarah Gerteis (Leitung Online-Redaktion)
Erweiterte Chefredaktion: David Angst (Leitung Thurgauer Zeitung); Daniel Wirth (dwi, Leitung St. Gallen/Gossau); Andreas Bauer (Dienstchef)

Verlag und Druck:
St. Galler Tagblatt AG, Fürstenlandstrasse 122
Postfach 2362, 9001 St. Gallen. Telefon 071 272 78 88

Leitung Marketing und Verlag: Christine Bolt

Verbreitete Auflage: WEMF 2014 128 569 Ex.

Inserate: Publicitas AG, Fürstenlandstrasse 122, 9001 St. Gallen. Tel. 071 221 00 21, Fax 071 221 03 30
www.publicitas.ch – E-Mail: tagblatt@publicitas.ch
Urs Bucher, Leitung Werbekart

«Triton»: Bewachen, nicht retten

Die EU-Mission «Triton» löst die italienische Flüchtlingsrettungsaktion «Mare Nostrum» im Mittelmeer ab. Bei «Triton» tritt die Nothilfe in den Hintergrund: Hauptaufgabe ist die Kontrolle der EU-Aussengrenze.

JONAS SCHMID

Was sich im Mittelmeer abspielt, ist eine humanitäre Katastrophe: Nach Angaben der Organisation für Internationale Migration (IOM) starben alleine bis Ende September über 3000 Migranten beim Versuch, übers Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Der lebensgefährliche Weg hält weitere Migranten nicht von einer Überquerung ab. Bereits mehr als 100 000 Flüchtlinge sind seit Anfang Jahr – oft mit Hilfe krimineller Schlepper – auf den alten Kontinent gelangt.

150 000 Menschenleben gerettet

Ab heute patrouilliert die EU-Mission «Triton» im Mittelmeer. Nach einem Meeresgott der alten Griechen benannt, soll sie die italienische Flüchtlingsrettungsaktion «Mare Nostrum» ablösen. Diese ist seit der Lampedusa-Tragödie im Einsatz, als im Oktober 2013 vor der Küste Siziliens über 400 Flüchtlinge ertranken. «Mare Nostrum» hat nach Angaben der italienischen Regierung bislang

150 000 Menschenleben gerettet. Bei ihrer Nachfolgeoperation tritt die Nothilfe in den Hintergrund: «Triton» wird von der Grenzagentur Frontex geführt, deren primäre Aufgabe es ist, die EU-Aussengrenzen zu kontrollieren und vor illegaler Migration zu schützen. Die Verstärkung der Grenzüberwachung im südlichen Mittelmeer sei Hauptaufgabe von «Triton», erklärte Klaus Rösler von Frontex in einem Interview. Die EU-Kommission betonte ebenfalls, dass «Triton» kein umfassendes Rettungsmandat besitze. «Triton» könne die italienischen Behörden unterstützen, doch Rom müsse seinen Verpflichtungen bei der Suche und Rettung schiffbrüchiger Migranten weiterhin selber nachkommen.

Italien winkt ab

Mit knapp drei Millionen Euro pro Monat beträgt das Budget von «Triton» nur einen Drittel von dem, was «Mare Nostrum» zur Verfügung stand. Denise Graf, Juristin bei der Schweizer Sektion von Amnesty In-

ternational, fordert deshalb eine Fortsetzung der italienischen Aktion. Auch die grüne Europa-Abgeordnete Ska Keller sagt: «Wenn «Mare Nostrum» jetzt abgelöst wird durch einen Frontex-Einsatz zur Bekämpfung irregulärer Migration, kommt das einem Todesurteil für viele Flüchtlinge gleich.» Doch die italienische Regierung winkt ab. ««Mare Nostrum» war als eine begrenzte Notoperation gedacht und wird nicht länger fortgeführt als geplant», versicherte Innenminister Angelino Alfano.

Schweiz an «Triton» beteiligt

Italien fühlt sich seit langem mit der Flüchtlingskrise allein gelassen und forderte von den EU-Mitgliedstaaten ein stärkeres Engagement. Doch die erfolgreiche Seerettung im Rahmen von «Mare Nostrum» sorgte bei den europäischen Partnern auch für Kritik. So bezeichnet etwa die britische Regierung die humanitäre Aktion als kontraproduktiv. Sie würde illegale Migranten zusätzlich motivieren, nach Europa zu kommen. Da

die EU-Operation nicht über eigenes Personal oder Material verfügt, bat Frontex Anfang Oktober formell um Unterstützung. Nicht alle Mitgliedstaaten beteiligen sich an «Triton». Bis zu 20 Staaten rüsten die Operation nun mit vier grossen und mehreren kleinen Schiffen, zwei Flugzeugen und einem Helikopter aus. Auch die Schweiz unterstützt «Triton» – als Schengen-Mitglied ist auch sie an der EU-Grenzschutzagentur beteiligt.

Nach Auskunft der eidgenössischen Zollverwaltung entsendet das Grenzschutzkorps vom November bis Januar eine Debrieferin nach Italien. Sie wird in einem von fünf Teams tätig sein, die von Frontex koordiniert werden und mit Migranten freiwillige Gespräche durchführen, um Informationen für Frontex zu gewinnen.

Die Finanzierung der Mission ist nur bis Ende 2014 gesichert. Ihre Fortsetzung hängt vom EU-Budget-Entscheid für 2015 ab. Ein EU-Sprecher liess jedoch durchblicken, dass die Operation auch im nächsten Jahr weitergehen wird.



Hoffnung Europa: Ein Boot mit afrikanischen Flüchtlingen vor der italienischen Küste.

Bild: epa/Manuel Lerida

HÖPLI

Abgehobene Bildungspolitiker

Das ging aber schnell: Am 17. Juni meldete der «Tages-Anzeiger», jede zehnte Lehrkraft im Kanton Zürich sei «stark burn-out-gefährdet». Doch schon am 26. Oktober vernahmen wir aus der gleichen Quelle, dass nun schweizweit bereits jede dritte Lehrkraft «stark burn-out-gefährdet» sei. Das muss zu denken geben. Denn Modephänomen Burn-out hin oder her: Im Berufsstand unserer Lehrerinnen und Lehrer (schulpolitisch korrekt «Lehrpersonen» genannt) ist der Wurm drin.

Vielleicht haben unseren Lehrkräften – der Stammisch nennt sie gerne auch «Volksbildhauer» – die Auseinandersetzungen um Frühfremdsprachenunterricht und Lehrplan 21 so auf den Magen geschlagen, dass ein grosser Teil von ihnen von Burn-out-Symptomen heimgesucht wurden. Besonders die Interviews verschiedener kantonaler Erziehungschefs zeugen ja von wenig Sozialkompetenz gegenüber ihren geplagten Untergebenen.

«Abstrus und faktenwidrig»?

Der Basler EDK-Präsident Christoph Eymann etwa dekretiert zuhänden der Öffentlichkeit in autoritärem Ton: «Ich werde die zwei

Frühfremdsprachen durchsetzen». Und der St. Galler Erziehungschef Kölliker fertigte die Bedenken gegenüber dem Lehrplan 21 kurzerhand und pauschal mit Begriffen wie «Stimmungsmache», «abstrus» und «faktenwidrig» ab – ohne sich im weiteren mit Argumenten pro und kontra abzumühen.

Dass sich in jüngster Zeit reihenweise prominente Stimmen wie jene von Remo Largo erheben, dem berühmtesten Kinderarzt der Schweiz, oder vom Ökonomen Matthias Binswanger (in dieser Zeitung), ficht die verantwortlichen Bildungspolitiker des Landes nicht weiter an. Sie stellen den Reformvorhaben Lehrplan 21 und Frühfremdsprachen – zwischen denen nach Köllikers Ansicht merkwürdigerweise «kein Zusammenhang besteht» – ein denkbar schlechtes Zeugnis aus.

Nur keine Schwäche zeigen!

Den Kritikern ist anscheinend entgangen, dass es hier um Politik geht, nicht um unsere Kinder. Das heisst: Wenn ein politisches Grossprojekt einmal Fahrt aufgenommen hat, darf man von den Verantwortlichen nicht mehr erwarten, dass sie auf kritische Einwände und

Argumente eingehen. Jetzt heisst es nur noch, Stärke zu zeigen, weil gescheiter zu werden leicht als Schwäche ausgelegt werden könnte.

Überdenken verboten

Sonst könnte es ja so weit kommen, dass ein solches Projekt noch einmal überdacht werden müsste. Was vor allem dann angezeigt wäre, wenn sich herausstellt, dass es sich – wie bei den Frühfremdsprachen – nicht wird realisieren lassen, wie man sich das vorgestellt hat. Wenn beispielsweise das Frühfranzösisch in der Primarschule nicht flächendeckend

durchgesetzt werden kann (und so sieht es derzeit aus), dann haben unsere Erziehungschefs nicht nur die Kollegen aus der Romandie im Nacken. Sondern auch noch Bundesrat Berset, der ihnen droht, die kantonale Harmonisierungskompetenz zu entziehen.

In der Lehrerschaft brennt's

Demokratie ist eben, im Gegensatz zu den landläufigen Lobreden, ein mühseliges, ein langwieriges Unterfangen. Sie funktioniert eigentlich nur dann besonders gut, wenn das Volk auch noch dreinredet. Eine Gefahr, von der unsere Bildungspolitik akut bedroht ist. Dass das seine Gründe haben könnte, ist den verantwortlichen Politikern, die nicht nur für die Unterrichtung der Kinder, sondern auch für die Lehrerschaft verantwortlich sein sollten, anscheinend noch nicht aufgefallen.

Ob zu einem Zehntel oder zur Hälfte burn-out-gefährdet – bei den wichtigsten Bezugspersonen unserer Kinder (nach den Eltern) brennt's. Soviel steht fest. Wenn die Bildungsbürokratie das nicht einsieht, könnte ihre pädagogische Reform-Spielwiese bald einmal zu einem politischen Trümmerfeld werden.



Gottlieb F. Höpli
Der Publizist Gottlieb F. Höpli war Chefredaktor des St. Galler Tagblatts bis 2009. In dieser monatlichen Kolumne äussert er seine ganz persönliche Meinung.

«Sonst greift der Bund ein»

Im Streit um den Fremdsprachenunterricht will sich **Stefan Kölliker**, Präsident der EDK Ostschweiz, um ein einheitliches Modell in der Region bemühen.

DENISE LACHAT

Herr Kölliker, die EDK bleibt dabei: An der Primarschule sollen zwei Fremdsprachen unterrichtet werden. Hat sie kein Gehör für die Sorgen der Lehrer?

Stefan Kölliker: Zuerst geht es nun einmal darum, das Sprachenkonzept fertig umzusetzen. Dies wird Ende nächsten Schuljahres, im Sommer 2015, der Fall sein. Erst dann können auch die notwendigen Schlüsse gezogen und allfällige Verbesserungen angebracht werden. Es wäre nicht seriös, so kurz vor Abschluss des ersten Durchlaufs bereits Änderungen zu beschliessen. Die Bildungspolitik muss verlässlich bleiben.

Die EDK verspricht den Lehrern Unterstützung für eine erfolgreiche Umsetzung des Sprachenkonzepts. Was bietet sie an?

Kölliker: Es ging heute noch nicht um konkrete Massnahmen, sondern um die Bestätigung der gewählten Strategie. Konkrete Massnahmen in den Kantonen können erst vorgeschlagen werden, wenn die Evaluation abgeschlossen ist. Es ist jedoch vorgesehen, über die ch-Stiftung einen vermehrten Sprach-austausch für die Lehrkräfte zu fördern.

Man kann sich doch trotzdem jetzt schon Gedanken machen, da gewisse Probleme bekannt sind.

Kölliker: Das tun wir natürlich. Im Erziehungsdepartement meines Kantons etwa prüfen wir Möglichkeiten zur Nachqualifikation, das heisst zur Weiterbildung von Lehrpersonen, die Französisch unterrichten. Und im Jahr 2017

soll das neue Lehrmittel «dis donc»! eingeführt werden. Es ist speziell für die moderne Mehrsprachendidaktik entwickelt worden.

Die EDK bestätigte gestern ihren Willen zur Mehrsprachigkeit, hat aber auch schon entschlossener geklungen. Wenn sie die Regierungen und Parlamente der Kantone einlädt, dazu ihren Beitrag zu leisten, ist das äusserst höflich formuliert.

Kölliker: Die Haltung der EDK ist unverändert, da ist keine Unsicherheit im Spiel. Die Botschaft richtet sich vor allem an jene Kantone, die das Sprachenkonzept noch nicht umgesetzt haben, dies ebenfalls zu tun.

Nun gibt es aber Kantone wie der Thurgau, Nidwalden und Schaffhausen, die das Konzept umgesetzt haben, davon aber bereits wieder abweichen wollen.

Kölliker: Tatsache ist, dass die grosse Mehrheit der Kantone das Konzept umgesetzt hat: Zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe, eine ab der dritten, eine ab der fünften Klasse, eine davon muss eine Landessprache sein. Nur weil nun zwei bis drei Kantone davon abweichen und nach Alternativmodellen suchen, verunsichert uns das nicht.

Geschlossen steht die EDK aber nicht mehr hinter der 2004 beschlossenen Sprachenstrategie. Zwei Kantone haben gestern dagegen gestimmt, einer hat sich enthalten.

Kölliker: Neinstimmen sind gegenwärtig verständlich angesichts der Tatsache, dass gewisse Kantone über Alternativmodelle beraten.

«Alle haben das gleiche Ziel»

Mitte nächsten Jahres wird die EDK über die Eckwerte des Bildungsartikels bilanzieren, da wird das Thema Fremdsprachenunterricht ebenfalls ein Thema sein. Im übrigen will Knill «alles dazu beitragen, dass es zur Versachlichung der Diskussion kommt.»

trag des Parlaments entgegengenommen, den Französischunterricht auf die Sekundarstufe zu verschieben, und die Umsetzung dazu habe das Departement bereits in die Wege geleitet.



Un, deux, trois: Beim Frühfranzösisch ist die Ostschweiz ein Spezialfall.

Bild: Mareycke Frehner

Es sind ja in mehreren Kantonen Vorstösse zur Abschaffung von Frühfranzösisch hängig. Dann muss die EDK also einfach zuschauen, wie sich ein Kanton nach dem anderen aus dem Sprachenkompromiss verabschiedet?

Kölliker: Wenn diese Entwicklung schleichend weitergeht, wird der Bundesrat eingreifen. Bundesrat Alain Berset hat es heute so deutlich gesagt wie noch nie: Der Bundesrat wird kaum abwarten, bis das eidgenössische Parlament etwas unternimmt. Er wird von sich aus aktiv, wenn weitere Kantone von der EDK-Strategie abweichen.

Die EDK kann den Kantonen keine Vorschriften machen. Vielleicht wären einige Erziehungsdirektoren nicht unglücklich über ein Eingreifen des Bundes?

Kölliker: Nein, so weit darf es nicht kommen. Es gibt immerhin einen Verfas-

sungsartikel, der eine Harmonisierung des Sprachunterrichts verlangt. Erst wenn dieser Auftrag nicht erfüllt wird, kann der Bund eingreifen. Als Präsident der EDK Ostschweiz werde ich mich jedenfalls vermehrt um ein einheitliches Modell in der Ostschweiz bemühen.

Die Ostschweiz ist völlig gespalten: St. Gallen, Appenzell-Ausserrhodan und Zürich haben das Sprachenkonzept umgesetzt, Innerrhodan hat schon vor Jahren Französisch auf die Oberstufe verlegt. Und der Thurgau und Schaffhausen sind auf dem Weg dazu. Da können Sie wohl kein Modell durchsetzen.

Kölliker: Es stimmt, die Ostschweiz ist ein Spezialfall, und durchsetzen kann ich nichts. Aber ich kann als Präsident zumindest zur Einheit innerhalb unserer Region aufrufen. Nur schon deshalb,

weil sonst bei einem Umzug von einem Kanton zum anderen in der gleichen Region unterschiedliche Schulsysteme anzutreffen sind. Und weil sonst ein Eingreifen des Bundes droht. Das wurde heute klar gesagt, und das wollen wir verhindern.



Bild: David Suter

Stefan Kölliker
St. Galler Bildungsdirektor und
Präsident der EDK Ost

Thurgauer Regierungsrätin stimmte ebenfalls Ja

Doppelrolle für Monika Knill: Die Thurgauer Regierungsrätin ist daran, den Entscheid des Grossen Rats umzusetzen, das Frühfranzösisch an der Primarschule abzuschaffen. Gestern zeigte sie sich solidarisch mit ihren Amtskollegen aus den anderen Kantonen. Sie stellte sich hinter den Sprachenkompromiss.

CASPAR HESSE

Auch die Thurgauer Regierungsrätin Monika Knill hat sich an der Konferenz der Erziehungsdirektoren für den bisherigen Sprachenkompromiss der EDK aus dem Jahr 2004 ausgesprochen. Es wäre auch aus föderaler Sicht zum heutigen Zeitpunkt falsch, den Sprachenkonsens unter den Kantonen zu bekämpfen, findet Knill. Sie will den Entscheid aber nicht überbewerten, denn für den Thurgau ändere sich dadurch gar nichts. Die Regierung habe den Auf-

trag des Parlaments entgegengenommen, den Französischunterricht auf die Sekundarstufe zu verschieben, und die Umsetzung dazu habe das Departement bereits in die Wege geleitet.

«Alle haben das gleiche Ziel»

Mitte nächsten Jahres wird die EDK über die Eckwerte des Bildungsartikels bilanzieren, da wird das Thema Fremdsprachenunterricht ebenfalls ein Thema sein. Im übrigen will Knill «alles dazu beitragen, dass es zur Versachlichung der Diskussion kommt.»

SVP-Kantonsrat Hanspeter Gantenbein, Initiator der Motion zur Abschaffung des Frühfranzösisch, ist überrascht vom Entscheid der Erziehungsdirektorenkonferenz. «So deutlich hätte ich das nicht erwartet.» Doch trotz dieses Entscheids gebe es nichts zu überdenken, «ausser dass sich die Gegner des Frühfranzösisch überlegen müssen, wie sie ihren Standpunkt besser in die Debatte bringen können.» Denn eigentlich, so Gantenbein, hätten alle das gleiche Ziel, nämlich gute Französischkenntnisse am Ende der obligatorischen Schulzeit.

Anne Varenne, die Präsidentin von Bildung Thurgau, ist vom Entscheid der EDK nicht überrascht: «Das war zu erwarten.» Man könne zwar weitermachen wie bisher, die Steuergelder könnten aber auch wirkungsvoller eingesetzt werden, indem die zweite Fremdsprache auf der Sekundarstufe intensiviert werde. «Das steht bei uns im Fokus.»

Auch Thurgau soll optimieren dürfen

Wenn die EDK eine Harmonisierung wolle, hätte sie eingreifen müssen, als sich Zürich entschied, Englisch ab der

zweiten Klasse einzuführen. «Warum soll nun nicht auch der Thurgau den Fremdsprachenunterricht optimieren dürfen? Entscheidend sind die Kompetenzen am Ende der Volksschule», sagt Varenne. SP-Kantonsrätin Barbara Kern dagegen findet den EDK-Entscheid «erfreulich». Das Volk habe sich 2008 für diesen Weg entschieden. Dass es Verbesserungspotenzial bei der Umsetzung gebe, verneint Kern nicht. Grundsätzlich sei das frühe Vermitteln von Fremdsprachen jedoch richtig: «Je früher, desto lockerer geht es.»